

Dietrich Meyer-Ebrecht, Eberhard Zehendner und Benjamin Kees als neue Mitglieder. Der zweite Beitrag – der SchlussFifF – zeigt, wie stark auch das FIF durch die Corona-Pandemie betroffen ist: Wir werden unsere Arbeit nicht vor Ort, sondern digitalisieren. Es dauert, dass wir uns im November treffen, so sehr freuen wir uns auf die Arbeit des FIF.

Bekanntlich gibt das FIF nicht nur die *FifF-Kommunikation* heraus, sondern ist auch an weiteren Publikationen beteiligt. Der

Grundrechte-Report 2020 wurde am 2. Juni 2020 vorgestellt; die Aufzeichnung ist auf unserer Webseite zu finden. Eure solidarische Unterstützung benötigt die Zeitschrift *Wissenschaft & Frieden* in Heft.

nen und Lesern eine interessante und viele neue Erkenntnisse und Einsichten.

erschieden in der *FifF-Kommunikation*,
herausgegeben von *FifF e.V.* - ISSN 0938-3476
www.fif.de

Stefan Hügel
für die Redaktion



Der Brief

Corona

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitglieder des FIF,

eine humoristisch gemeinte Umfrage, wer in einem Unternehmen am meisten zur Digitalisierung beigetragen habe – CIO, CDO oder COVID-19; angekreuzt war COVID-19 – zeigt, welchen Einfluss die Krise, auch im positiven Sinne, haben kann, und dass Veränderungen, die bis vor Kurzem unmöglich schienen, unter dem aktuellen Handlungsdruck sehr schnell umgesetzt werden.

Es ist also wohl zu erwarten, dass die Krise sich auch langfristig auf unser Leben auswirken wird, positiv wie negativ. Es sind besonders drei Entwicklungen, die auf unser tägliches Leben im unmittelbaren Umfeld einen Einfluss haben und auf die Bedrohung durch den Corona-Virus zurückgehen:

- Eingriffe in das öffentliche Leben: Kontaktverbote, Ausgangssperren, Reisebeschränkungen und Einschränkungen des Wirtschaftslebens waren bis vor Kurzem in Friedenszeiten undenkbar. Dennoch treffen sie offenbar auf eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Frage ist, welche Lehren daraus gezogen werden – nicht zuletzt durch die Auswirkungen des Klimawandels ist künftig vielleicht häufiger mit solch einschneidenden Maßnahmen zu rechnen.
- Überwachung: Über eine *Corona-App* wird heftig diskutiert.¹ Sie soll Infektionsketten nachvollziehbar machen und damit wichtige Erkenntnisse für die Bekämpfung der Pandemie liefern. Unterschiedliche Konzepte bieten dabei ein unterschiedliches Datenschutzniveau. Bevor man über Datenschutz debattiert, sollte aber geprüft werden, ob die Konzepte überhaupt das erfüllen, was von ihnen erwartet wird. Soziale Probleme mit rein technischen Mitteln lösen zu wollen, wird auch hier nicht funktionieren.² Nicht zu vergessen sind die Nebeneffekte, etwa die Schaffung von Akzeptanz und die Gewöhnung an alltägliche Überwachung.
- Mobiles Arbeiten: Viele Arbeitgeber waren bisher zögerlich, wenn es um die Einführung von mobilem Arbeiten und Home-Office-Konzepten ging – auch dann, wenn die Natur der Tätigkeiten dies prinzipiell erlaubte. Nun wird es im Verlauf der Krise massiv ausgebaut – zunächst eine positive Entwicklung. Doch langfristig müssen jetzt auch die notwendigen Infrastrukturen geschaffen werden. Nicht alle ArbeitnehmerIn-

nen können in ihren Wohnungen einen Arbeitsplatz einrichten, der den Anforderungen an konzentriertes Arbeiten, Arbeitssicherheit, Ergonomie und Informationssicherheit genügt. Ähnlich gilt das für die Bildung. Der Anlauf, auch den Schulunterricht nach Hause zu verlagern, hat auch unsere Defizite bei der Digitalisierung schonungslos offengelegt – nicht nur technisch, sondern auch sozial. *Digital divide* mitten in unserer Gesellschaft.

Wir sind also gerade dabei, vieles umzukrempeln, was uns bisher selbstverständlich war – ohne die Zeit dafür zu haben, die Veränderungen richtig vorzubereiten.

Dabei geht es nicht um ein naives „Digital first, (Be-) Denken second.“ Man darf auch nicht in einen ebenso naiven *Solutionismus*³ verfallen, der für jedes Problem eine digitale Lösung erwartet. Gerade beim FIF wissen wir, dass soziale Probleme in der Regel nicht technisch lösbar sind. Stets gilt es, Chancen und Risiken abzuwägen um zu sinnvollen Lösungen zu kommen. Vielleicht hat aber nicht zuletzt auch eine gewisse Zögerlichkeit in der Anwendung digitaler Lösungen mit dazu geführt, dass wir uns heute einem Oligopol internationaler Großunternehmen gegenübersehen, die den Markt und die Anwendungen bestimmen.

Die Welt *nach Corona* wird wohl nicht mehr die gleiche sein, wie davor. Wichtig ist, dass wir die richtigen Schlüsse und Folgerungen daraus ziehen: Wie helfen wir unserer Wirtschaft wieder auf die Beine? Wie können wir den Stillstand überwinden und wie können wir den Unternehmen und Menschen helfen, aus der Krise herauszukommen.

Doch wie können wir eine nachhaltige und resiliente Wirtschaft schaffen? Eine Wirtschaft, die nicht bei jeder Krise sofort zu chaotischen Zuständen führt?⁴ So ist der Klimawandel, durch das Corona-Virus nicht verschwunden.⁵ Gerade wurde über staatliche Subventionen für den Autokauf diskutiert, eine „Abwrackprämie 2.0“, sozusagen. Die Fußball-Bundesliga sollte möglichst schnell wieder starten – auch ohne Zuschauerinnen und Zuschauer (bisher hatte ich gedacht, dass diese bei Unterhaltungs-



betrieben wie der Fußball-Industrie irgendwie wichtig sind). Warum wir unser (Steuer-) Geld nach überstandener Pandemie ausgerechnet für Fußball und ein neues Auto ausgeben sollen, anstatt, sagen wir mal, für eine Verbesserung der Bildung gerade jetzt im digitalen Raum zu sorgen, müssten die Protagonisten solcher Ideen mal genauer erklären. Gerade die Subventionierung des Verbrennungsmotors – immer noch indirekt, über die Senkung der Mehrwertsteuer – mag wirtschaftlich kurzfristig Sinn ergeben – umweltpolitisch ist es mehr als fragwürdig. Haben wir die verheerenden Waldbrände in Australien schon vergessen? Was wir brauchen, sind zukunftsfähige Mobilitätskonzepte. Die Corona-Krise ist vielleicht nur ein vergleichsweise harmloser Anfang dessen, was uns noch erwartet, wenn der Klimawandel sich beschleunigt und die Auswirkungen immer spürbarer werden. Und: Beim Klimawandel können wir nicht auf einen Impfstoff hoffen, nach dessen Entwicklung alles vorbei ist.

Diejenigen, die gerne in die 1950er und 1960er Jahre zurück möchten, wollen auch diese Krise nicht wahrhaben. Verschwörungstheorien blühen. *Wir sollen zu Hause bleiben, damit unbemerkt Flüchtlinge in Land geschafft werden können.* Manchmal könnten solche Verschwörungstheorien fast zum Lachen sein, hätten sie nicht ernstzunehmende Konsequenzen.⁶

Aber Achtung! In den letzten Wochen wurden ja tatsächlich unsere Grundrechte massiv eingeschränkt. Grundrechte sind keine Schönwetterrechte, sie sind in der Krise besonders wichtig. Wer sie – auch temporär – einschränkt, muss diese Einschränkung rechtfertigen und sie sofort zurücknehmen, wenn der Grund dafür entfallen ist.⁷ Viele von uns haben großes Verständnis für die Einschränkungen. Das mag in der Krisensituation richtig und sinnvoll sein – manchmal erscheint es mir aber fast schon zu eilfertig. Wir müssen auch in der aktuellen Situation kritisch bleiben. Was auch aus den Einschränkungen werden kann, zeigt sich gerade direkt vor – nein, nicht vor, schon hinter unserer europäischen Haustür: in Ungarn.

Über die Einschränkungen muss diskutiert werden – aber mit vernünftigen wissenschaftlichen und politischen Argumenten, nicht mit unhinterfragten Geschichten, unbegründeten Emotionen und Spinnereien. Dass sich wissenschaftliche Erkenntnisse und ihre Rahmenbedingungen auch einmal ändern, müssen wir aushalten. Hier sollten auch die Medien dazu beitragen, zu einem geordneten Diskurs zurückzufinden.

Die Reaktionen der zuständigen Behörden zeigen, dass vernünftige Argumente auch etwas bewirken, siehe zum Beispiel die Debatte über die Corona-App. Dass ein demokratischer Diskurs nicht immer zum schnellsten Ergebnis führt, liegt wohl in der Natur der Sache. Aber er führt meistens zu einem besseren Ergebnis. Gerade die Corona-App kann nur Nutzen stiften, wenn die Menschen ihre Nutzung nicht ablehnen.

Nein, das Corona-Virus ist keine Erfindung der Mächtigen, um uns künftig noch mehr zu knechten. Wir dürfen aber wohl davon ausgehen, dass die zuständigen Behörden genau beobachten und auswerten werden, wie die Krise verläuft und wie sich die Menschen verhalten. Und sehr wahrscheinlich werden sie daraus auch Erkenntnisse über die Steuerung der Bevölkerung – beispielsweise durch *Nudging* – und Gewöhnungseffekte allgegenwärtiger und akzeptierter Überwachung gewinnen.

Etwas merkwürdig scheint mir der Verlauf der politischen Debatte. Als erstes wäre doch zu erwarten, dass über die Maßnahmen, ihre Wirksamkeit und ihre Rahmenbedingungen berichtet wird. Gerne mischt sich darunter aber leider auch eine Form des Journalismus, der sich weniger für politische Inhalte interessiert als dafür, wer in einer Debatte *gewonnen* hat, ein wenig wie bei der Sportberichterstattung. Hat sich Angela Merkel durchgesetzt oder Armin Laschet? Wird Markus Söder jetzt der neue Bundeskanzler? Und wo sind eigentlich die SPD-Vorsitzenden? Es wird beklagt, dass sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder nicht auf gemeinsame Regelungen einigen. Wie sind wir eigentlich Exportweltmeister geworden, wenn wir schon damit überfordert sind, dass in Berchtesgaden andere Ausgangsregelungen gelten als in Westerland oder in Görlitz?

Bei den benachbarten Großstädten Karlsruhe und Strasbourg stört es uns nicht. So stark ist unser Denken immer noch durch nationale Abgrenzung geprägt. Nach jahrzehntelanger europäischer Einigung fällt uns in der Krise als erstes ein, die Grenzen zu schließen. Sogar zwischen Bundesländern, womit wir wieder auf dem Stand des 19. Jahrhunderts angelangt wären.

Gefährlich wird es, wenn sich Verschwörungstheoretiker und rechte Spinner die verbreitete Unzufriedenheit mit den einschneidenden Maßnahmen zunutze machen, um ihre politischen Ziele durchzusetzen. Aber auch Leichtsinn nach dem Motto: „Es ist ja kaum etwas passiert, deswegen waren die Maßnahmen überzogen“, kann zum Problem werden.

Zurück zur Digitalisierung. FfF-Vorstandssitzungen führen wir inzwischen selbstverständlich als Videokonferenz durch. Viele von uns arbeiten seit Wochen mobil von zu Hause aus – und es funktioniert. Das wird die Krise überdauern – aber nicht für alle. Wer diese Möglichkeit hat, dem sollten die damit verbundenen Privilegien bewusst sein – der Verkäufer im Supermarkt und die Friseurin können es nicht. Vor allem müssen wir auch bei digitalem Arbeiten Standards einhalten, die die Arbeitnehmer und allgemein die Nutzer der Technik schützen. Das beginnt mit der Umsetzung angemessener Datenschutzstandards nach DSGVO, geht aber noch weiter: Auch die IT-Sicherheit bei der Arbeit außerhalb der geschützten Sphäre des Büros ist ein Thema. Mobile Arbeitsplätze müssen ergonomisch gestaltet sein – das ist nicht der Stuhl am Küchentisch und auch nicht das Sofa, auf dem man es sich, glaubt man der Werbung, beim mobilen Arbeiten gemütlich macht.

Dennoch: Selbst im Fernsehen hat sich eine Art *Home-Office-Ästhetik* herausgebildet, wunderbar überspitzt dargestellt in der *Anstalt*. Meistens mit Bücherregal im Hintergrund. Konferenzen, bei denen wir uns gern auch persönlich getroffen haben, werden in den virtuellen Raum verlagert. Auch wir werden die diesjährige FfF-Konferenz, die in Weimar geplant war, als Videokonferenz veranstalten.

Eins zuletzt, weil es so erbärmlich ist: Die Bundesrepublik Deutschland, einer der wohlhabendsten Staaten der Welt, hat aus dem Flüchtlingslager Moria auf Lesbos nach wochenlangem Gezerre nicht mal 50 Kinder gerettet, die dort unter menschenunwürdigen Bedingungen wochenlang hausen mussten⁸. Wow! Aber hey, die Spargelernte⁹ ist gesichert.

Mit FfFigen Grüßen

Stefan Hügel

Anmerkungen

- 1 Bock K, Kühne CR, Mühlhoff R, Ost MR, Pohle J, Rehak R (2020) Datenschutz-Folgenabschätzung für die Corona-App, FIfF e. V.
- 2 Sehr skeptisch dazu Bruce Schneier: „My problem with contact tracing apps is that they have absolutely no value ... to me, it's just techies doing techie things because they don't know what else to do.“ Schneier B (2020) Me on COVID-19 Contact Tracing Apps, Schneier on Security, https://www.schneier.com/blog/archives/2020/05/me_on_covid-19_.html
- 3 Morozov E (2013) To save everything, click here. *The Folly of Technological Solutionism*, New York
- 4 Nuss S (2020) Geld oder Leben. Corona und die Verwundbarkeit der Eigentumslosen. *PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Band 50 Ausgabe 2 (199), Juni 2020, S. 201-218
- 5 Götze-Ricciari S (2020) Corona: Feuerprobe für den Klimaschutz. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6'20, Juli 2020, S. 29-32
- 6 Nocun K, Lamberty P (2020) Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen. Köln: Quadriga
- 7 Zu den Grundrechtseinschränkungen in Zeiten von Corona siehe auch FIfF e. V. (2020) in dieser Ausgabe der FIfF-Kommunikation, S. 15
- 8 Die Kapitulation des Innenministeriums vor der AfD. *Tagesspiegel*, <https://www.tagesspiegel.de/politik/50-fluechtlingskinder-aus-lesbos-die-kapitulation-des-innenministeriums-vor-der-afd/25725914.html>
- 9 Offenlegung: Ich mag Spargel. Aber irgendwie vergeht mir gerade der Appetit.



FIfF e. V. – Stellungnahme

FIfF veröffentlicht Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) für die Corona-App

14. April 2020 – „Es geht nicht um Privatsphäre, sondern es geht darum, eine Technik sozial beherrschbar zu machen.“ *Dieses Datenschutzverständnis von Wilhelm Steinhilber (1934–2013), Datenschutzpionier und langjähriges FIfF-Mitglied, möchten wir, eine Gruppe WissenschaftlerInnen und DatenschützerInnen im Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIfF) e. V., wieder stark machen.*

Seit einigen Wochen kreist die Diskussion um die Eindämmung der Corona-Pandemie zunehmend um den Einsatz technischer Hilfsmittel. Es wird geplant, die Pandemie durch den Einsatz von Tracing-Apps für Smartphones einzudämmen. Diese Systeme sollen automatisiert die zwischenmenschlichen Kontakte aller NutzerInnen aufzeichnen und es so erlauben, die Infektionsketten des Virus schnell und effizient nachzuvollziehen, um möglicherweise exponierte Personen frühzeitig warnen und isolieren zu können.

Wir haben es angesichts der geplanten Corona-Tracing-Systeme mit einem gesellschaftlichen Großexperiment zur digitalen Verhaltensfassung unter staatlicher Aufsicht in Europa zu tun. **Die europäische Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) verpflichtet die BetreiberInnen umfangreicher Datenverarbeitungssysteme (zu denen auch ein Corona-Tracing-System zählen würde) zur Anfertigung einer Datenschutz-Folgenabschätzung (DSFA) im Falle eines hohen Risikos für die Grund- und Freiheitsrechte.** Hierbei handelt es sich um eine strukturierte Risikoanalyse, die mögliche grundrechtsrelevante Folgen einer Datenverarbeitung im Vorfeld identifiziert und bewertet.

Wirksamkeit und Folgen entsprechender Apps sind noch nicht absehbar und es ist davon auszugehen, dass innerhalb der EU verschiedene Varianten erprobt und evaluiert werden. Die datenschutz- und somit grundrechtsrelevanten Folgen dieses Unterfangens betreffen potenziell nicht nur Einzelpersonen, sondern die Gesellschaft als Ganze. Aus diesem Grunde ist nicht nur die Anfertigung einer DSFA angezeigt, sondern insbesondere auch ihre Veröffentlichung – und eine öffentliche Diskussion. Da bisher keine der beteiligten Stellen eine allgemein zugängliche DSFA präsentiert hat und selbst die vorgelegten *privacy impact assessments* unvollständig bleiben, **legen wir vom FIfF mit diesem Dokument eigeninitiativ eine solche Datenschutz-Folgenabschätzung als konstruktiven Diskussionsbeitrag vor.**

Zusammenfassung und Ergebnisse

1. Die in den Diskussionen vielfach betonte Freiwilligkeit der App-Nutzung ist eine Illusion. Es ist vorstellbar und wird auch bereits diskutiert, dass die Nutzung der App als Voraussetzung für die individuelle Lockerung der Ausgangsbeschränkungen gelten könnte. Das Vorzeigen der App könnte als Zugangsbarriere zu öffentlichen oder privaten Gebäuden, Räumen oder Veranstaltungen dienen. Denkbar ist, dass ArbeitgeberInnen solche Praktiken schnell adaptieren, weil sie mittels freiwillig umgesetzter Schutzmaßnahmen schneller ihre Betriebe wieder öffnen dürfen. Dieses Szenario bedeutet eine implizite Nötigung zur Nutzung der App und bedeutet erhebliche Ungleichbehandlung der Nicht-NutzerInnen. Weil nicht jede Person ein Smartphone besitzt, wäre hiermit auch eine Diskriminierung ohnehin schon benachteiligter Gruppen verbunden. Kirsten Bock vom FIfF kommentiert: *„Die Einwilligung ist nicht das richtige Regelungsinstrument für die Nutzung der Corona-App, weil deren Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Der Gesetzgeber ist aufgerufen, das Nutzungsrisiko der App nicht auf die BürgerInnen abzuwälzen, sondern selbst die Voraussetzungen für eine freiwillige, sichere und grundrechtsverträgliche Lösung in einem Gesetz vorzugeben und die BürgerInnen so vor Grundrechtsverletzungen – auch durch Dritte – wirksam zu schützen.“* Martin Rost vom FIfF ergänzt prägnant: *„Von einer Einwilligung geht keine Schutzwirkung für Betroffene aus.“*

2. Ohne Intervenierbarkeit und enge Zweckbindung ist der Grundrechtsschutz gefährdet. So besteht ein hohes Risiko fälschlich registrierter Expositionereignisse (falsch positiv), die zu unrecht auferlegte Selbst-Isolation oder Quarantäne zur Folge haben (zum Beispiel Kontaktmessung durch die Wand zwischen zwei Wohnungen). Um dem zu begegnen, bedarf es rechtlicher und faktischer Möglichkeiten zur effektiven Einflussnahme, etwa das Zurückrufen falscher Infektionsmeldungen, die